Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 230. Donnerstag den 18. August 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Im Grundstück des Krankenhauses, Liebigstraße Nr. 23, sollen **Dienstag den 23. ds. Mts., Vormittags 10 Uhr,** 5 Stück in Gebrauch gewesene **Wasserbassins von Eisenblech,** à 2.50 Meter lang, 0.95 Meter breit, 0.63 Meter hoch, gegen Baarzahlung und unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden weiteren Bedingungen an die Meistbietenden verkauft werden.

Leipzig, den 16. August 1881.

Des Raths Baudeputation.

Bekanntmachung.

Das am 9. d. M. auf den Abbruch versteigerte, im ehemaligen Botanischen Garten gelegene Wächterhaus ist dem Höchstbieter zugeschlagen worden und werden deshalb in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die übrigen Bieter ihrer Gebote hiermit entlassen.

Leipzig, den 15. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Eichorius.

Sedan-Feier.

Die hiesigen Handelsfirmen und Gewerbtreibenden werden ersucht, durch Schließung ihrer Geschäftslocale am 2. September d. J. zur Feier des Nationalfesttages beizutragen.

Leipzig, den 16. August 1881.

Die Handelskammer. Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.
Die Gewerbekammer. D. A. Oehler, stellv. Vorsitzender. Herzog, S.

Umbau des Kaiserl. Postgebäudes am Augustusplatz zu Leipzig.

Auf dem Hofe des Kaiserlichen Postgebäudes am Augustusplatz hierselbst sollen verschiedene beim Abbruch gewonnene Gegenstände, wie Thore, äußere und innere Thüren, eiserne Oefen, Bauholz, Fenster öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Zu diesem Zwecke wird am

Sonnabend, den 20. August 1881, Vorm. 11 Uhr ein Termin auf dem Hofe des obenbenannten Postgebäudes abgehalten, wozu Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Verkaufsbedingungen vor dem Termin bekannt gemacht werden.

Leipzig, den 16. August 1881.

Die Bauverwaltung.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 18. August.

Es ist vor Kurzem berichtet worden, daß der Staatssocialist Professor Adolf Wagner vom Reichskanzler in Kissingen in Audienz empfangen worden und daß das Thema der Unterredung die Einführung des Tabaksmonopols gewesen ist. Der genannte Socialpolitiker schickt sich an, in dem beginnenden Wahlkampfe eine bedeutungsvolle Rolle zu spielen; wenigstens erweist sich eine Rede, mit welcher Wagner in Elberfeld-Barmen als Reichstagscandidat aufgetreten ist, als eine wahre Fundgrube von Aufklärungen und Ueberraschungen hinsichtlich der Pläne des Fürsten Bismarck.

In Professor Wagner würde die conservative Partei ohne Zweifel eine Kraft gewinnen, welcher sie in ihrem bisherigen, an hervorragenden Kräften so dürftigen Bestande Nichts an die Seite zu stellen hätte. Vielleicht ist es dies geheime Gefühl der geistigen Unbedeutendheit, welches die Agrarier und sonstigen Reactionaire dem gelehrten Politiker gegenüber nicht recht warm werden lassen will; sie haben ihn bisher wenigstens immer recht kühl und von oben herab behandelt. Vielleicht auch fürchten sie in ihm den extremen Zug, welcher sich so ganz und gar nicht um parteipolitische Rücksichten kümmert und frischweg den Redner aus der Schule plaudern läßt. Ganz unrecht hätten sie von ihrem Standpunct aus in letzterer Beziehung nicht; die Liberalen aber können es Herrn Wagner nur danken, daß er so ist, wie er ist. Denn man lernt aus seinen Herzensergießungen die Absichten des Kanzlers besser kennen, als aus allen geheimnißvoll klingenden Auslassungen der „Prov.-Corr." und nun gar der Officiösen zweiten Grades.

Da findet sich denn u. A. in der Elberfelder Rede die merkwürdige Enthüllung, die Erträge des Tabaksmonopols sollten, wie Fürst Bismarck dem Herrn Professor persönlich erklärt habe, zur Deckung der Kosten der allgemeinen Arbeiterversicherung verwendet werden. Das ist so deutlich gesprochen, daß es eine ganze finanzministerielle Denkschrift aufwiegt. Der Redner hat es sich erspart, hinzuzufügen, daß unter solchen Umständen von irgend welcher Steuerreform im Reich und in Preußen gar nicht mehr die Rede sein könne. Er durfte diese Folgerung, die auf der Hand liegt, getrost dem Verständniß seiner Hörer und Leser überlassen. Was wird denn nun aus dem heißen Bemühen der Großgrundbesitzer, die verhaßte Grundsteuer abzuschütteln? Was aus den Hoffnungen des „kleinen Mannes", von den directen Abgaben befreit zu werden? Was aus den Versprechungen des preußischen Verwendungsgesetzes? Und vor Allem, wie wird Fürst Bismarck selber sein Programm erfüllen können, Schul-, Armen- und Polizeilasten auf den Staat zu übernehmen und den überbürdeten Communen ein Retter in der höchsten Noth zu werden, wenn er die Mittel, die dazu nöthig wären, für andere Zwecke festlegt? Es ist nachgewiesen worden, daß für die großartigen socialpolitischen Pläne des Kanzlers die Erträge des Monopols gerade hinreichen würden, und daß in den Gedanken des leitenden Staatsmannes das letztere mit der Arbeiterversicherung wohl enger verknüpft sein dürfte als mit der Steuerreform. Jetzt kommt aus des Fürsten Bismarck eigenem Munde (denn Herr Adolf Wagner ist nur sein Sprachrohr) die Bestätigung: Es bleibt Alles beim Alten, der Finanzminister Bitter braucht keine „verlorene Liebesmühe" mehr an Verwendungsgesetzentwürfe zu vergeuden, der Steuererlaß behält seinen Charakter als Sommernachtstraum, der, kaum verflogen, schon vergessen ist, für das Monopol aber ist endlich die Marke gefunden, die eine wuchtige Propaganda unter den Massen gestattet, denn die Geldaristokratie gewinnt Verständniß für den Segen des Tabaksmonopols, wenn sie hört, daß aus demselben die allgemeine Alters- und Invalidenversorgungsanstalt bestritten werden soll, und es kann sein (so ist wenigstens der Calcul des Professors Wagner), daß sie in diesem Sinne an die Wahlurne herantritt.

Als vor wenigen Wochen der Finanzminister Bitter in Königsberg die Aeußerung that, es würde auch nach Einführung des Monopols sobald nicht an die Erleichterung der Steuerlast gedacht werden können, da beeilten sich die Officiösen, diese Mittheilung zu widerrufen. Werden sie jetzt angesichts der gleichen, vom Kanzler autorisirten Erklärung des conservativen Professors denselben Auftrag erhalten? Man wird gut thun, mit Bestimmtheit daran zu zweifeln. Zweierlei aber steht jetzt fest; einmal, daß die Tabaksmonopolfrage einen wichtigen Punct der Kämpfe im neuzuwählenden Reichstage bilden wird, dann, daß von den erwarteten Erträgen auch nicht ein Pfennig dazu verwendet werden wird, die sagenhafte Steuerreform zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Die schmachvollen Ausschreitungen gegen das Judenthum in Preußen, welche sich bisher auf einige kleinere Ortschaften in Westpreußen, Pommern u. s. w. erstreckt hatten, haben sich nunmehr auch, wie wir gestern in einem Berichte der „Ostseezeitung" mittheilten, auf Stettin ausgedehnt, eine Stadt, welche im großen Weltverkehre steht und die sich zudem von jeher durch ihren Freisinn in politischen und religiösen Dingen ausgezeichnet hat. Die Behörden haben es nicht an der erforderlichen Energie fehlen lassen, dem am Montag Abend stattgefundenen Skandale rasch ein Ende zu machen. Wenigstens berichtet die „Neue Stettiner Zeitung" vom Dienstag: „Montag Abend gegen 11 Uhr waren die Straßen wieder ruhig und menschenleer. Freilich fiel verschiedentlich das Losungswort, daß heute nur die Generalprobe gewesen und morgen die eigentliche Vorstellung stattfinden werde. Wir glauben, daß der klägliche Erfolg, den das ganze thörichte Unternehmen gestern gehabt, hinreichen wird, die Wiederholung desselben zu verhindern. Haus- und Familienväter werden sicher nicht verfehlen, namentlich das jugendliche Element, das sich gestern stark betheiligte, zu Hause zu halten. Wir haben, Dank dem energischen Eingreifen der Behörde, keinerlei schlimmere Ausschreitungen zu verzeichnen — daß aber auch nur derartiger Unfug in unserer Stadt, am Sitz der Regierung (und wir fügen hinzu: in einer großen Garnison. D. Red. d. L. T.), hat stattfinden können, ist ein sicheres Zeichen, wohin die unheilvolle Bewegung der Antisemiten führt und führen muß!" Wir hoffen, was uns anbetrifft, daß sich diese Erwartung erfüllen wird. Mittlerweile treten in Frankfurt a. O. Anzeichen zu Tage, welche, wenn man in denselben auch vorläufig nur eine vereinzelte Ausschreitung erblicken darf, doch zur Wachsamkeit auffordern. So schreibt die „Frkf. Oder-Ztg.": „Der antisemitische Spektakel in Pommern und Westpreußen hat seinen unheimlichen Schatten auch nach unserer alten Stadt Frankfurt a. O. geworfen, die sich bis jetzt durch religiöse Toleranz sehr vortheilhaft ausgezeichnet hat. Am vergangenen Sonnabend Abends um ½9 Uhr erschienen 7 Arbeiter in der hiesigen Synagoge, in der um die gedachte Zeit der Abendgottesdienst stattfand. Ein anwesendes Vorstandsmitglied, befürchtend, daß die Ankömmlinge wohl nicht mit reinen Absichten im Gotteshause anwesend sein dürften, holte einen Polizeibeamten herbei und erfuhr auch, daß die sieben Männer vorher in dem Schlächterladen von Joebicke (Tuchmacherstraße 60) gewesen waren, woselbst sie über die Juden räsonnirt und geäußert hätten, die „Hepp Hepp's" in der Synagoge betrachten zu wollen. Der herbeigerufene Polizeibeamte entfernte die Leute aus dem Gotteshause und stellte sie in Betreff der bei Joebicke gethanen Aeußerungen zur Rede, wobei einige der Arbeiter einräumten, daß solche Aeußerungen in scherzender Weise gefallen seien, doch nur von einem von ihnen; dieser wurde denn auch verhaftet."

Es wird nunmehr auch ein Erlaß des Regierungs-Präsidenten von Marienwerder an die Landräthe seines Bezirkes über die Krawalle bekannt. In diesem Erlasse wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß durch die Ortspolizeibehörden und Organe der Sicherheitspolizei mit vollstem Nachdruck und allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dafür gesorgt werden wird, der Wiederholung derartiger Excesse vorzubeugen und eventuell gegen erneute Versuche mit größter Energie einzuschreiten.

Der Gesandte der Vereinigten Staaten, Mr. White, der von Berlin bereits abgereist ist und über Harzburg, Paris und London nach New-York zurückreist, wurde am Montag auf Schloß Babelsberg vom Kaiser in einstündiger Audienz empfangen. Ueber den Verlauf derselben erfährt die „Tr." folgende Einzelheiten: „Die Ueberreichung seines Abberufungsschreibens begleitete der Gesandte mit dem Ausdruck des Dankes für das ihm vom hiesigen Hofe wie von der Reichsregierung entgegengebrachte Wohlwollen. Der Kaiser bedauerte, einen so ausgezeichneten Mann wie Mr. White von hier scheiden zu sehen, dem es jederzeit gelungen sei, die guten Beziehungen zwischen der Amerikanischen Union und dem Deutschen Reiche zu pflegen. Die weitere Unterhaltung kam bald auf den Präsidenten Garfield, nach dessen augenblicklichem Befinden der Kaiser sich sehr theilnehmend erkundigte. Mr. White konnte leider nur mittheilen, daß der Zustand des Präsidenten fortdauernd ein sehr ernster sei, daß aber die Aerzte die Hoffnung auf Wiedergenesung noch immer nicht aufgeben und auf die kräftige Natur des Patienten vertrauen. Der Kaiser zeigte sich über die Persönlichkeit Mr. Garfield's genau unterrichtet; er habe seit dem Attentat jedes auf die Verwundung bezügliche Moment mit vollem Interesse verfolgt, und wenn der Gesandte nach Washington komme, so möge er dem Präsidenten sagen, daß die Theilnahme für ihn in Berlin eine ungetheilte sei. Se. Majestät ließ sich von dem Gesandten ausführlich mittheilen, wie derselbe sein künftiges Leben einzurichten gedenke, und wünschte ihm für seine gelehrte Thätigkeit auf der Ithaka-Universität alles Gute. Die Unterredung wurde in sehr herzlichen Formen geführt."

Wie die „Magdeb. Ztg." aus sicherster Quelle mittheilen kann, sind die an den Kaiser gerichteten Drohbriefe glücklicher Weise auf einen Dummenjungenstreich zurückzuführen. Der Urheber derselben heißt Liebtke und ist der etwa achtzehnjährige Sohn eines Lehrers in Elbing. Er besuchte die Realschule seiner Vaterstadt, zeigte aber so wenig Fleiß und Anlagen, daß er aus Quarta abgehen mußte. Unbegreiflicher Weise fand der unreife und bis zur Unzurechnungsfähigkeit überspannte junge Mensch eine Stelle als Hauslehrer in der Niederung nicht weit von der Poststation Hochstieblau, mit deren Stempel die Drohbriefe versehen sind. Liebtke ließ die von ihm abgefaßten Machwerke von seinen Schülern abschreiben und steckte sie alsdann in den Briefkasten. Zwei Briefe, die er verloren hatte, führten zur Entdeckung seiner Thäterschaft. Bei seiner Vernehmung gab er einen Zögling der Elbinger Realschule als Mitschuldigen an, indessen ist eine bei Diesem stattgehabte polizeiliche Nachsuchung ohne Ergebniß geblieben. Im Uebrigen hat sich Liebtke nicht auf die an den Kaiser gerichteten Drohbriefe beschränkt, sondern gefiel sich darin, auch an solche Personen, welche er für Gesinnungsgenossen hielt, Schriftstücke mit entsetzlich verworrenem Inhalte zu richten. Socialdemokratische Schriften, welche ihm in die Hände fielen, scheinen ihm den unklaren Kopf noch mehr verrückt zu haben. Seiner That dürfte insofern Bedeutung beizulegen sein, als sie aufs Neue einen Beweis für die Verwerflichkeit der socialdemokratischen Propaganda liefert.

Man schreibt uns vom Dienstag aus Berlin: „Wie sich erwarten ließ, hat der Kaiser heute mit dem Reichskanzler eine Conferenz gehabt; daß es sich in derselben um die kirchenpolitische Frage gehandelt hat, liegt zu nahe, um nicht die Vermuthung fast als Gewißheit erscheinen zu lassen. Wenn kürzlich behauptet wurde, die Verhandlungen wegen der Lösung der Trierer Frage reichten bis zu der Zeit zurück, wo der Kaiser in Ems gewesen, so entspricht Das keineswegs den Thatsachen. Jene Verhandlungen lassen sich vielmehr bis zum Frühjahre zurückführen, wo nicht nur Fürst Bismarck, sondern auch der Kaiser und die Kaiserin in Berlin weilten. Bekanntlich machte damals eine Notiz Aufsehen, nach welcher der Reichskanzler von der Kaiserin empfangen worden sei. Diese Audienz stammt nicht aus der Beziehung zu der Frage, die jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gediehen ist. Für die Beurtheilung der augenblicklichen Sachlage ist es immerhin von Wichtigkeit, die mancherlei Einflüsse zu kennen die zu ihr geführt haben."

Zur Feier des Sedantages wird uns aus Berlin geschrieben: „An verschiedenen Orten ist bei dem Herannahen des 2. September die Frage angeregt worden, ob man den Sedantag auch in diesem Jahre wieder festlich begehen oder ob man jetzt bei Beginn des zweiten Jahrzehnts seit unseren großen Siegen von öffentlichen Festfeiern absehen solle. Wir meinen, es ziemt uns wohl auch jetzt noch, einen der großen Erinnerungstage an die ruhmreiche Zeit festzuhalten. Gerade in einem Augenblicke, wo vielfach die Freude an den nationalen Siegen und Errungenschaften durch trübe Schwarzseherei und erschlaffende Zurückhaltung verkümmert wird, wo unter dem Gezänk des Tages vielfach vergessen und gering geachtet wird, was uns einst das Herz erhoben, scheint es uns wohlgethan, die Erinnerung an Ereignisse und Thaten aufzufrischen, denen unsere Nation ihre Wiedergeburt verdankte, über den Hader der Parteien hinweg dem Allen gemeinsamen Gefühl der Liebe zum Vaterland Ausdruck zu geben. Wir sind nicht so reich an erhebenden Momenten in unserem öffentlichen Leben, daß wir gleichgültig einen Gedenk- und Festtag preisgeben sollten, zu dessen Feier wir berechtigt sind wie nur je ein Volk".

In einem Artikel über „Deutschland 1871—1881" weist die in Chicago erscheinende „Neue Freie Presse" auf die gefährliche und schwierige Stellung nach dem deutsch-französischen Kriege hin, auf die wenig wohlwollende Stimmung der Nachbarn, auf die Revanchegelüste Frankreichs und dessen gewaltige Anstrengungen für Vergrößerung und Ausbildung seiner Heeresmacht und fährt dann fort:

„Wäre Deutschland zu jener Zeit so unglücklich gewesen, an der Spitze seiner öffentlichen Angelegenheiten Herrn Bebel, Herrn Eugen Richter oder einen anderen von jenen Krakehlern zu haben, die beständig „nachweisen", daß Bismarck „eigentlich" ein ganz dummer Kerl ist, während sie (Richter und Genossen) die Geheimnisse des Weltalls und sonst noch was fortwährend spielend ergründen — wäre Deutschlands Auswärtiges Amt zu jener Zeit mit einem jener unausstehlichen Klugschwätzer besetzt gewesen, so sähe die politische Karte Europas heute wahrscheinlich ganz anders aus. Denn fast noch schwieriger als die Erschaffung der deutschen Einheit aus einem in sich uneinigen, von eifersüchtigen Nachbarn umgebenen Deutschland waren die Erhaltung und der Ausbau des Reiches in den ersten Jahren nach dem Kriege. Umringt von Feinden und Neidern, im Innern geschwächt durch Ränke am Hofe, durch die socialistischen Wühlereien, durch Kämpfe mit den Ultramontanen — so fuhr das Staatsschiff des jungen Deutschen Reichs in einem an Untiefen reichen Fahrwasser dahin. Aber Bismarck zeigte sich auch dieser Aufgabe gewachsen. Während in der „Reichsglocke" und in Volksversammlungen zum tausendsten Male nachgewiesen wurde, daß der Kanzler kein Staatsmann, sondern ein Zufallsmensch sei, brachte Bismarck in dem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum von 10 Jahren eine völlige Umwandlung in der Stellung der Völker zu einander zu Stande.

Der Verfasser weist sodann an zahlreichen Beispielen nach, in wie hervorragender Weise die Bismarck'sche Politik Deutschland während der letzten zehn Jahre gekräftigt hat, und schließt mit den Worten: „Das wird aber natürlich die Krakehler im politischen Leben Deutschlands nicht abhalten, zu versichern, daß sie das Alles viel besser gemacht hätten; und es wird auch Dummköpfe genug geben, die es glauben, und demgemäß stimmen; besonders deshalb, weil die intelligenteren Bevölkerungselemente den Krakehlern das Agitationsfeld fast ganz überlassen."

Die „Kölnische Zeitung" unterzieht die Socialpolitik und die Steuerpläne des Reichskanzlers einer eingehenden Untersuchung. Das rheinische Blatt gelangt dabei zu folgendem Schlusse: „Es ist aber eine Heuchelei von geradezu brutaler Dreistigkeit, wenn man die Vertheuerung der für breiteste Schichten des Volkes unentbehrlichsten Verbrauchsgegenstände beschönigen will mit dem Vorgeben einer gerechteren Vertheilung der Steuerlasten. Entlastung des Großgrundbesitzes ist in ihrer Wirkung stets eine Verschlechterung der Lage des kleinen Ackermannes, wenn sie Hand in Hand geht mit der Vertheuerung der Gegenstände des großen Verbrauchs. Von unserer ganzen Steuerreform stecken die Großgrundbesitzer und ein Theil der Großindustriellen den Profit in die Tasche, während der kleine Bauer, der seine paar Morgen Land im Schweiße seines Antlitzes selber bestellt, und der kleine Beamte, Handwerker, Geschäftsinhaber, Arbeiter, kurz, die wirthschaftlich Schwächsten den Schmaus des Reichen und die Annehmlichkeit der leichten Einziehung der indirecten Steuern für den Fiscus bezahlen. Dabei verschlägt es gar nichts, daß dem kleinen Handwerker, der für theueres Brod, Licht und Schmalz mindestens 30 Mk. mehr im Jahre bezahlen muß, 15 Mark an der Classensteuer erlassen werden. Das ist die praktische Anwendung, welche die Steuerweisheit unserer gegenwärtigen Staatslenker von dem schönen Grundsatz der gerechten Vertheilung der Steuerlasten zu machen gewußt hat und weiter machen zu wollen in unerfreuliche Aussicht stellt." Wir heben aus den Ausführungen der „K. Z." noch die folgende Mahnung hervor: „Die Regierung wird sich ein großes Verdienst um die Klärung unserer innern Lage und besonders des Verhältnisses der Parteien zur Regierung erwerben, wenn sie fortfährt, die Ziele des Kanzlers und Ministerpräsidenten klar und verständlich hinzustellen; nicht große in ihrer idealen Vollständigkeit ewig unerreichbare fromme Wünsche aller Gutgesinnten, sondern specielle Pläne, wie sie in Gesetzvorlagen sich verkörpern sollen. Dann werden wir klar und unumwunden unsere Stellung zu denselben bekannt geben, völlig unbekümmert darum, ob er seine näheren ministeriellen Mitarbeiter zur Erreichung dieser Ziele aus den Reihen der Junker und Pfaffen oder der Streber ohne weitere Farbe nimmt. Der Verdacht, welchen man auf die Liberalen noch immer wirft, ihr Blick sei auf die Ministersessel gerichtet, ist heutzutage lächerlich, wo es schon schwer wird, im conservativen Lager Leute zu finden, die einen Ministerposten für eine begehrenswerthe Sache halten."

Aus Berliner Centrumskreisen vernimmt man, daß Herr Dr. Korum von Rom aus einem katholischen Verein in Trier seinen Segen telegraphisch übermittelt habe und zwar charakteristischer Weise mit der Unterschrift: „Felix, Bischof". Nun ist er zwar durch die Consecration vom vorigen Sonntag Bischof nach kanonischem Recht, aber er kann diese Würde in Preußen erst nach erfolgter Bestätigung durch den König bekleiden. Die Namensunterschrift jenes Telegrammes ist also etwas zweideutig, und man findet vielleicht nicht mit Unrecht, daß durch sie einem Amte vorgegriffen wird, welches am letzten Ende der weltliche Staat ebensogut wie die Curie zu vergeben hat. Indessen in der Versöhnungsstimmung, in welcher die Regierung sich befindet, legt sie auf solche „Aeußerlichkeiten" wohl nicht sonderlichen Werth. Was den Kern der ganzen Bischofsfrage von Trier anlangt, nämlich die Erfüllung der Anzeigepflicht, so kann es jetzt als gewiß gelten, daß der Papst sich zur Wiederholung seines berühmten tolerari posse vom 24. Februar dieses Jahres verstanden, daß in diesem Punct Herr v. Goßler also in der That die Rechte des Staates gewahrt hat. Es fragt sich nur, und das ist das Entscheidende, ob unter dem neuen Bischof von Trier jemals ein Fall eintreten wird, wo die Anzeigepflicht praktisch wird. Was hindert ihn, in gleicher Weise zu verfahren, wie die drei noch im Amt befindlichen preußischen Bischöfe, die ihre Stühle nur deshalb behalten haben, weil sie die Ernennung von Pfarr-Geistlichen seit Erlaß der Maigesetze überhaupt unterließen? Mit der unschuldigsten Miene von der Welt könnte er alsdann Gesetz Gesetz sein lassen und sich mit Genugthuung sagen, er habe sich nicht unter dasselbe gebeugt, es freilich auch nicht verletzt. Man traut auch den geflissentlich verbreiteten Nachrichten nicht ganz, nach welchen demnächst in der Diöcese Osnabrück eine Reihe von Ernennungen im Einverständnisse des Capitularverwesers mit der Regierung zu erwarten ständen.

Bei dem Versuche einer Einigung der liberalen Parteien, der Aufstellung eines einheitlichen Wahlprogrammes und gemeinsamer Candidaten, wie er soeben von Westpreußen ausgegangen ist, wird man unfehlbar zu der Ueberzeugung kommen, daß diese Zusammenfassung unmöglich gelingen kann, wenn nicht den verschiedenen Richtungen ein weiter Spielraum gelassen wird, wenn man sich in der Klarstellung des Begriffes „liberal" nicht vor aller Engherzigkeit, Unduldsamkeit und Einseitigkeit hütet. „Vor allen anderen Dingen — bemerkt die „Nationallib. Correspondenz" — wird es sich wieder klar herausstellen, daß es ganz unmöglich ist, den gesammten deutschen Liberalismus in wirthschaftlichen Fragen auf eine bestimmte Lehre zu verpflichten. Der Versuch, politischen Freisinn als untrennlich von den Lehren der Freihandelsschule darzustellen, kann niemals gelingen; er würde den deutschen Liberalismus auf die Küstenstriche des Nordens und einzelne versprengte Enclaven im Innern beschränken und ihn damit auf ewig zur Ohnmacht und Inferiorität verurtheilen. Die Fortschrittspartei hat sich durch die Gleichstellung mit den extremsten Lehren der Freihandelsschule selbst eine enge Grenze gezogen, welche der Ausbreitung der Partei über einen beschränkten Umfang hinaus immer ein unübersteigliches Hinderniß bereiten wird; dieselbe Erfahrung würde auch eine gesammtliberale Partei machen, wenn sie den Grundsatz aufstellte, daß jeder Eingriff des Staats in das „freie Spiel der wirthschaftlichen Kräfte" von einem freisinnigen Mann unter allen Umständen zurückgewiesen werden müsse. Dem Zusammenschluß der Liberalen ist bisher nichts so hinderlich gewesen, wie die Unduldsamkeit der Fortschrittspartei und ihrer Presse, die eine berechtigte Form des Liberalismus außerhalb ihrer eigenen engen Kreise nicht anerkennen wollte und den Nationalliberalen oder doch einem großen Theil derselben das Recht bestritt, die zweite Hälfte ihres Namens zu führen. Wir brauchen gegen die mächtige Reactionsbewegung, die weniger von Oben als von Unten ausgeht, allerdings „alle Mann auf Deck"; allein die Vorbedingung dazu ist die Anerkennung, daß der Liberalismus sich unbeschadet der Einmüthigkeit in gewissen grundsätzlichen Principienfragen in einer Reihe politischer und namentlich wirthschaftlicher Fragen in verschiedenen gleichberechtigten Formen und Richtungen äußern kann, nicht blos nach einer von der extremsten Seite vorgeschriebenen Schablone."

Die Ultramontanen schmeicheln sich damit, bei den diesjährigen Wahlen nicht weniger als sieben neue Sitze zu gewinnen, einen in der Provinz Posen (in Fraustadt), wo die Polen für einen deutschen Katholiken stimmen sollen, einen in Schlesien (in Zabrze), einen in Nassau (Usingen-Idstein-Homburg, wo wahrscheinlich wieder eine engere Wahl zwischen dem Centrumsmanne und einem der beiden gegenüberstehenden liberalen Candidaten Mohr und Bräunig nöthig werden wird), zwei in der Rheinprovinz (St. Wendel, wo Herr Stumm jedenfalls durch einen Ultramontanen abgelöst werden wird, und Saarbrücken, das von den Liberalen doch behauptet werden dürfte) und endlich zwei in Baiern, wo in Schweinfurt Graf Luxburg, in Immenstadt Völk verdrängt werden sollen. Auf den Verlust irgend eines Sitzes rechnen die Ultramontanen nicht, doch dürfte ihnen die Behauptung des Wahlkreises Danzig-Land herzlich schwer gemacht werden.

Aus Petersburg verlautet, die russische Regierung stehe schon seit längerer Zeit mit der serbischen in Unterhandlung wegen Auslieferung eines gefährlichen politischen Verbrechers Namens Gründerg, der früher in Moskau lebte und die socialistische Partei, der er angehörte, mit beträchtlichen Geldmitteln unterstützte. Nach der Ermordung des Spions Reinstein in Moskau durch die Nihilisten, in

SLUB
Wir führen Wissen.